

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Vennegerts, Frau Garbe und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 16

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

— Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3216, 11/3231 —

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 02 wird folgender neuer Titel ausgebracht:

„Titel... Bund-Länder-Programm zur drastischen Reduzierung
der Nährstoff- und Schadstoffeinträge in Flüsse und
Meere – 1 400 000 000 DM

Verpflichtungsermächtigung: je 1,4 Mrd. DM von 1990 bis 1993.

Erläuterung

Die Mittel sind wie folgt zu verwenden:

Für den Kläranlagenausbau und -neubau	5 Mrd. DM,
für den Bau von Regenwasserrückhaltebecken	2 Mrd. DM.“

Bonn, den 17. November 1988

Frau Garbe

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Die Grenze der Belastbarkeit der Nordsee ist überschritten. Sauerstoffdefizite infolge massiven Algenwachstums, das seit Ende April anhaltende Robbensterben sind Indikatoren für das Sterben des Meeres. Der jahrelange Mißbrauch der Nordsee als Müllkippe ist durch alle nur denkbaren Maßnahmen so kurzfristig wie es technisch/organisatorisch möglich ist, zu beenden. Dies ist eine nationale Aufgabe, deren Umsetzung nicht durch Diskussionen über die Finanzierung oder durch evtl. auftretende Finanzierungslücken verzögert werden darf. Eine der vordringlichen Aufgaben ist die Nährstoffentfernung aus Abwässern. Dafür müssen die notwendigen Finanzmittel vorrangig bereitgestellt werden,

zugunsten von Geldern für die Weltraumforschung oder militärische Projekte wie z. B. des Jäger 90 (Nordsee 89 statt Jäger 90).

Allein für den Kläranlagenausbau und -neubau gemäß den Vorstellungen der Bundesregierung, welcher unzureichend ist, was technische Anforderungen und Zahl der betroffenen Kläranlagen betrifft, werden 15 Mrd. DM erforderlich sein.

Für den Bau von Regenwasserrückhaltebecken sind laut Abwassertechnischer Vereinigung (ATV) 25 Mrd. DM erforderlich; wobei dieser Betrag durch Wahl dezentraler Lösungen und Maßnahmen zur Flächenentsiegelung unterschritten werden kann. Die Kommunen werden die anstehenden Aufgaben kaum aus eigener Kraft bewältigen können, zumal sie auch erhebliche Mittel zur Erfassung, Sicherung und Sanierung von Altlasten, zur Sanierung undichter Kanalisationen sowie zur Erfassung und verstärkten Kontrolle der Indirekteinleiter aufwenden müssen.